

Gliederung

Seite

I	Einleitung	1
II	Die Gerichtsstandsvereinbarung vom Inkrafttreten der ZPO bis zum 31. 3. 1974	5
1.	Die Zulässigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	5
2.	Mißstände infolge der Vereinbarung von Gerichtsständen bei Massengeschäften	6
3.	Mißstände durch Versäumnisurteile	7
4.	Die Behandlung der Gerichtsstandsvereinbarungen durch die Gerichte und in der Literatur	10
5.	Zwei wichtige Teillösungen im Hinblick auf die Gerichtsstandsnotelle	15
a)	Die Regelung des § 6 a AbzG	15
b)	Die Regelung des § 29 a ZPO	16
III	Die Neuregelung durch das Gesetz zur Änderung der ZPO vom 21.3.1974	18
1.	Motive und Zielsetzungen des Gesetzgebers	18
2.	Die Zulässigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	24
A)	Im Allgemeinen	24
a)	Erweiterte Kompetenzerlangung	26
b)	Grenzen der Gerichtsstandsvereinbarung	26
c)	Die Bestimmtheit der Gerichtsstandsvereinbarung	28

Seite

B) Im Besonderen	31
a) Die Gerichtsstandsvereinbarung in Handelssachen § 38 Abs. 1 ZPO	31
b) Die Gerichtsstandsvereinbarung in Auslandssachen § 38 Abs. 2 ZPO	33
c) Die Gerichtsstandsvereinbarung nach dem Entstehen der Streitig- keit § 38 Abs. 3 Nr. 1 ZPO	34
d) Die Gerichtsstandsvereinbarung bei nichtvorhandenem Wohnsitz- gerichtsstand § 38 Abs. 3 Nr. 2 a ZPO	35
e) Die Gerichtsstandsvereinbarung in Mahrnsachen § 38 Abs. 3 Nr. 2 b ZPO	36
f) Die Gerichtsstandsvereinbarung durch rügelose Einlassung § 39 ZPO	38
g) Die Gerichtsstandsvereinbarung durch Antrag auf Nichtverweisung §§ 696 a, 700 a ZPO	40
h) Unzulässigkeit der Gerichts- standsvereinbarung nach § 40 Abs. 2 ZPO	42
3. Die Rechtsnatur der Gerichtsstands- vereinbarung .	43
a) Die streng materiellrechtliche Theorie	44
b) Die streng prozeßrechtliche Theorie	46
c) Die vermittelnde Theorie	47
d) Stellungnahme	48
4. Das Zustandekommen von Gerichts- standsvereinbarungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	50
5. Die Gültigkeitskontrolle von Gerichtsstandsvereinbarungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	54

6. Gerichtsstandsvereinbarungen und Stellvertretung	63
7. Die Form der Gerichtsstands- vereinbarung	65
8. Die Gerichtsstandsvereinbarung und der sie enthaltende Haupt- vertrag	68
9. Die Erfüllungsortvereinbarung als Sonderform einer Gerichts- standsvereinbarung	72
10. Die Auswirkung von Willensmängeln auf die Gerichtsstandsvereinbarung	74
IV Die Gefahr der Umgehung des Verbots von Gerichtsstandsvereinbarungen	
1. Das Entstehen der Streitigkeit § 38 Abs. 3 Nr. 1 ZPO	78
2. Die Bedingung	79
3. Vertrag über die Nichtgeltend- machung der Unzuständigkeit	79
4. Die Vereinbarung eines Schieds- gerichts	81
a) Die Vereinbarung selbst	81
b) Der Inhalt der Schiedsgerichts- vereinbarung	84
5. Im Wechselprozeß	87

V	Einwände gegen die Gerichtsstands-novelle	90
	1. Die Ausdehnung des grundsätz-lichen Verbots von Gerichtsstandsvereinbarungen auf Nichtschutzbedürftige	92
	2. Die Trennung Kaufleute - Nichtkaufleute als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz	96
	3. Keine umfassende AGB-Kontrolle durch ein Gericht	96
	4. Die Überflüssigkeit des Eingreifens des Gesetzgebers	100
	5. Verschleppung und Verteuerung der Prozesse durch das grundsätzliche Verbot der Gerichtsstandsvereinbarung	104
VI	Eine Reform des Rechts der Vereinbarung über die Zuständigkeit der Gerichte	107
	1. Verweisung auf Antrag	108
	2. Der Ersatz der Gebühren eines Verkehrsanwaltes	109
	3. Besondere Urkunde	110
	4. Anlehnung an § 1025 Abs. 2 ZPO	111
	5. Änderung des Versäumnisverfahrens	113
	6. Schriftliche Verhandlung	116
	7. Stellungnahme	122